

ANDREAS GOTTMANN

## Einleitung

Als Präsident Thomas Woodrow Wilson im Oktober 1918 das Friedensangebot Kaiser Karls I. an die Vereinigten Staaten ablehnte, besiegelte er damit das Ende Österreich-Ungarns. Wilson unterstützte das Drängen tschechischer und südslawischer Politiker nach einer nationalstaatlichen Reorganisation Ostmittel- und Südosteuropas. Allerdings war das keine Lösung für die komplizierten politischen und nationalen Probleme im Herzen Europas. Weder in den Böhmisches Ländern noch in den südslawischen Gebieten, aber auch nicht in Ungarn und in Siebenbürgen, lebten die Menschen in klar umschriebenen nationalen Territorien. Das Nachgeben gegenüber den gerechtfertigten Ansprüchen einer Gruppe hatte zwangsläufig Auswirkungen auf andere Gruppen. Durch die Errichtung von Nationalstaaten wurden neue Ungerechtigkeiten und neue Minderheiten geschaffen. Eine für alle befriedigende Lösung wäre nur durch einen politischen Ausgleich auf lokaler Ebene zu erzielen gewesen, wie das in der Donaumonarchie zu Beginn des 20. Jahrhunderts mehrfach versucht, aber nur ansatzweise verwirklicht worden war.

Kaiser Karl I. – für die ungarische Reichshälfte König Karl IV. – war für den nötigen Neuanfang in den letzten beiden Jahren des Ersten Weltkrieges wohl nicht der richtige Mann. Anständig, charakterlich integer und politisch bemüht, hatte er für die Anliegen seiner Untertanen immer ein offenes Ohr. Es fehlte ihm aber nach der über ein halbes Jahrhundert dominierenden Figur Kaiser Franz Josephs, an dem er ständig gemessen wurde, sowohl an dem nötigen politischen Format als auch an Durchsetzungskraft, um den überfälligen Befreiungsschlag gegen die magyarisch-deutsche Führungsschicht der Donaumonarchie zu führen. Was schon in Friedenszeiten ein äußerst schwieriges Unterfangen gewesen wäre, wurde durch den Krieg und die verzweifelte ökonomische Lage völlig aussichtslos. Hinzu kam, dass selbst das (zu) spät kommende ‚Völkermanifest‘ Kaiser Karls keine Richtlinie für die dringend nötige Klärung des ungarischen Reichsproblems bot, denn die magyarische Führungsschicht verweigerte sich konsequent politischen und territorialen Kompromissen. Doch auch in der österreichischen Reichshälfte gelang es dem Kaiser nicht, sich den nötigen politischen Freiraum gegenüber Deutschnationalen und Christlichsozialen zu verschaffen. Mit der so genannten Sixtus-Affäre erlitten dann auch noch seine Bemühungen um einen Sonderfrieden mit den Westmächten Schiffbruch und somit der Versuch, sich von der außenpolitischen Umklammerung des Deutschen Reiches zu befreien. Dadurch wurde nicht nur das persönliche Ansehen Kaiser Karls beschädigt, viel schlimmer war, dass auch das Prestige der Krone selbst schwer in Mitleidenschaft gezogen wurde, die über Jahrhunderte das zentrale Bindeglied der Habsburgermonarchie gewesen war.

Das Bild Kaiser Karls ist ambivalent, und die kurze Regierungszeit erschwert eine politische Wertung. Nicht nur zu Lebzeiten, auch in der Historiographie steht er im Schatten seines Vorgängers, und verglichen mit Franz Joseph ist er im öffentlichen Bewusstsein kaum präsent. Dem steht nun als Kontrast die Tatsache gegenüber, dass gerade er – als erster Habsburger – Ende September 2004 von Papst Johannes Paul II. am Petersplatz selig gesprochen wurde.

Die Seligsprechung Kaiser und König Karls bot dem Österreichischen Historischen Institut in Rom die Möglichkeit, abseits hagiographischen Lobes Ende November 2004 ein international besetztes Symposium mit Teilnehmern aus allen Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie abzuhalten,

auf dem nicht so sehr die Person des Monarchen selbst, als vielmehr das politische, gesellschaftliche und kulturelle Umfeld, in dem er wirkte, im Mittelpunkt stand. Damit soll ein Beitrag zur besseren historischen Einordnung dieser Persönlichkeit geleistet werden.

Aber nicht nur die Haltung der Nationalitäten des Habsburgerreiches zu Kaiser Karl war Gegenstand der Referate, sondern auch der Einfluss der großen politischen Lager im österreichischen Parlament auf die Politik der kaiserlichen Regierung. Eingehend beleuchtet wurde die Tatsache, dass es sich beim Ersten Weltkrieg um den ersten großen kriegerischen Konflikt im Medienzeitalter handelte. Auch wenn damals die propagandistische Verwertung bewegter Bilder im Vergleich zum Zweiten Weltkrieg noch geringere Bedeutung hatte, so wurde durch den Journalismus und durch die tägliche Veröffentlichung von Berichten und Bildmaterial von der Front doch eine Schwelle überschritten, deren propagandistische, aber auch kulturhistorische Bedeutung nicht gering geschätzt werden darf.

Diese Tagungskonzeption spiegelt sich im vorliegenden Sammelband wieder. Nach dem einleitenden Beitrag Helmut Rumpfers über die Friedensprojekte Kaiser Karls folgt ein Abschnitt über die drei großen politischen Lager in der cisleithanischen Reichshälfte, die die Politik des Kaiser bestimmten: Die Christlichsozialen (Maddalena Guiotto), die Sozialdemokratie (Francesco Marin) und die Deutschnationalen (Lothar Höbelt). Daran schließt der kulturhistorische Teil an mit einem Vergleich der Kriegspropaganda in den beiden tonangebenden Zeitungen Österreichs und Italiens (Gualtiero Boaglio), sowie mit Beiträgen über die „Soldaten-Zeitung“ und Robert Musil (Vito Punzi) und über die Zeitung „la guerra“ (Renate Lunzer).

Andreas Gottsmann geht auf die Probleme der damals einzigen übernationalen Institution – der katholischen Kirche – ein, in einem Krieg, der sich als Konflikt zwischen den Völkern definierte. Die folgenden Beiträge beleuchten die Situation bei den einzelnen Nationalitäten der Donaumonarchie: Angelo Ara widmet sich den Italienern der Habsburgermonarchie und Jan Galandauer der Bedeutung Kaiser Karls für die Tschechen. Jozef Hal'ko und Miroslav Michela analysieren die Haltung der Slowaken zum kaiserlichen Hof. Weiters wird die Situation bei den Slowenen (Walter Lukan) und bei den Kroaten (Marko Trogrlić), die Rolle Polens und der Polen (Jerzy Gaul), die ukrainische Politik (Vasyl' Rassevyč), die Situation bei den Rumänen Siebenbürgens (Ion Cârja) und die Bedeutung des Monarchen für die ungarische Politik (Iván Bertényi jun.) untersucht. Der letzte Beitrag analysiert die Versuche Karls, den ungarischen Thron wieder zu gewinnen (Miklós Zeidler). Neben den gescheiterten Friedensbemühungen war dies die zweite große persönliche und politische Niederlage des letzten Monarchen Österreich-Ungarns.

Kaiser Karl war an weltpolitischen Strukturproblemen gescheitert. Nicht nur sein außenpolitischer Kurs, auch seine innenpolitische Aktionsfreiheit war durch das Kriegsbündnis zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland erheblich eingeschränkt. Kaiser Karl war gewillt, einen Kurswechsel zu vollziehen und er war fest entschlossen, möglichst schnell zu einem Frieden für die Monarchie zu kommen und damit verbunden den administrativen und politischen Aufbau der Donaumonarchie zu reformieren. Doch des Kaisers Bemühungen gerieten unter die Räder der Weltpolitik. Seine Sondierungen um einen Sonderfrieden mit den Westmächten wurden unterlaufen und endeten damit, dass er sowohl vor dem deutschen Bundesgenossen als auch vor der eigenen Bevölkerung bloß gestellt wurde. Das deutsch-österreichische Bündnis wurde dadurch noch stärker zementiert, und der Kaiser verlor seinen politischen Spielraum. Auch die zaghaften Kontakte der österreichischen Diplomatie zur polnischen Unabhängigkeitsbewegung mussten abgebrochen werden. Die Friedenspolitik des Monarchen scheiterte also nicht an den inneren Strukturproblemen des Vielvölkerstaates, sondern an der weltpolitischen Konstellation. Die Unmöglichkeit, das durch das Bündnis mit Deutschland abgesicherte politische System des deutsch-magyarischen Zentralismus in den Kriegsjahren aufzubrechen, erwies sich für die schwer angeschlagene Habsburgermonarchie als tödlich und brachte den Kaiser und die Habsburger um den Thron.

Dabei waren die Voraussetzungen für eine Befreiung aus dieser politischen Umklammerung ursprünglich gar nicht so schlecht. Die Christlichsozialen als staatstragende Partei hatten schon vor dem Ersten Weltkrieg die großösterreichischen Konzeptionen Franz Ferdinands unterstützt und übernahmen auch nach der Thronbesteigung Kaiser Karls wieder eine wichtige politische Rolle. Die

Nähe der Christlichsozialen zu Kaiser Karl hatte bis zum Ende der Monarchie Bestand, allerdings mangelte es der Partei aufgrund der heterogenen sozialen Struktur ihrer politischen Klientel an einer einheitlichen Linie. Das zeigte sich auch in ihrer uneinheitlichen Haltung zum deutschen Bündnis. Das Verhältnis der Deutschnationalen zum Kaiser war dagegen von Misstrauen geprägt, föderalistische Konzeptionen und eine Aufwertung des slawischen Elements lehnten sie ab. Paradoxe Weise kam es durch die Sixtus-Affäre zu einem Interessenskonflikt innerhalb der Deutschnationalen: Während die Deutschböhmen bereit waren, dem Kaiser den außenpolitischen Alleingang zu verzeihen, wenn er im Gegenzug ihren Forderungen hinsichtlich Böhmens nachkam, blieben die österreichischen Deutschnationalen bei ihrer konsequenten Ablehnung der kaiserlichen Politik.

Nachhaltiger als die Deutschnationalen konnten die Sozialdemokraten sowohl in die Außen- als auch in die Innenpolitik eingebunden werden. So unterstützte Außenminister Czernin die Teilnahme der österreichischen Sozialdemokraten an der Stockholmer Friedenskonferenz, und diese verteidigten im Gegenzug den Zusammenhalt des Vielvölkerstaats. Besonders unter dem Einfluss Karl Renners präsentierte sich die österreichische Sozialdemokratie als loyale und staatstragende Partei.

Betrachtet man die Donaumonarchie in nationaler Hinsicht, so waren es vor allem die Italiener, die nach dem Kriegseintritt Italiens in eine besonders schwierige Lage geraten waren, allerdings erhielten sie wie die anderen Nationalitäten Cisleithaniens durch die Wiedereinberufung des Reichsrats die Chance zu einer freieren politischen Betätigung. Eine starke Gruppe unter den österreichischen Italienern wies dieses Angebot jedoch zurück, stellte sich an die Seite Italiens und unterstützte den Krieg gegen die Habsburgermonarchie, wie zum Beispiel der ehemalige Reichsratsabgeordnete Cesare Battisti.

Eine ähnliche Ambivalenz trat auch bei den anderen Nationalitäten Cisleithaniens zu Tage. So arbeitete die tschechische Emigration für die Errichtung einer unabhängigen Tschechoslowakei, während die im Lande verbliebenen tschechischen Politiker alles Erdenkliche taten, um ihre Loyalität zum Kaiserhaus unter Beweis zu stellen. Eine tschechische Delegation nahm sogar an den ungarischen Krönungsfeierlichkeiten teil, ein Schritt, der vor Kriegsausbruch unvorstellbar gewesen wäre. Auch wies der Tschechische Verband die Ententenote, in der von einer *Befreiung der Italiener, Slawen, Rumänen und Tschechoslowaken* die Rede war, zurück. Dass Kaiser Karl diese tschechische Loyalitätserklärung nicht durch einen feierlichen Empfang würdigte und Czernin die pro-habsburgische Richtung des tschechischen Schreibens abschwächte – mit Rücksicht auf die Deutschnationalen und deren Befürchtungen hinsichtlich einer böhmischen Krönung –, enttäuschte die Tschechen. Somit wurde im Jänner 1917 eine wichtige Gelegenheit versäumt, vor der ganzen Welt glaubwürdig unter Beweis zu stellen, dass die tschechische Bevölkerung klar zu ihrem König stand.

Auch die Slowenen setzten zunächst positive Erwartungen in den neuen Kaiser, vor allem hinsichtlich seiner Friedensbemühungen und seines Eintretens für die Rückkehr zu verfassungsmäßigen Zuständen. Allerdings zeichnete sich bald eine immer selbstbewusster werdende slowenische Politik ab, die in der Gründung eines Südslawischen Klubs im Reichsrat und in der so genannten ‚Maideklaration‘ ihren Ausdruck fand, die dort im Mai 1917 vorgelegt wurde. Die ‚Maideklaration‘ war weit mehr als ein allgemeines und unverbindliches nationalpolitisches Programm, denn es wurde darin konkret die staatliche Vereinigung der Südslawen unter dem Zepter der Habsburger gefordert. Man erwartete vom Kaiser eine Staatsreform und war bereit, ihm dafür in anderen Fragen entgegen zu kommen. Als das nicht in der erwarteten Weise geschah, verlegte der Südslawische Klub seine Hoffnungen auf das Kriegsende, weil man zu Recht meinte, dass sich die nationalen Ziele erst mit der damit verbundenen geopolitischen Neuordnung Mitteleuropas verwirklichen lassen würden. Der Landeshauptmann von Krain, Ivan Šušteršič, wollte diese Linie nicht mittragen und trat aus dem Südslawischen Klub aus. Die immer stärker auf Unabhängigkeit ausgerichtete Linie der südslawischen Politik wurde von der kaisertreuen slowenischen Bevölkerung nicht geteilt, was zu einer doppelbödigen Politik führte. Bis zuletzt standen slowenische Politiker mit Kaiser Karl persönlich in Kontakt, sie verweigerten sich jedoch einer Einbindung in die Reformpläne des Völkermanifests. Die ‚Maideklaration‘ prägte auch die kroatische Politik, wo in der Folge neue politische Bewegungen entstanden. Wie bei den Slowenen hatte auch bei den Kroaten das Völkermanifest kaum mehr politische

Auswirkungen, da bereits andere Strömungen vorherrschten, die an einem Fortbestehen des Vielvölkerstaates nicht mehr interessiert waren.

Völlig anders als in Cisleithanien waren die Verhältnisse in der ungarischen Reichshälfte. Von der magyarischen Mehrheit wurde der junge Monarch, obwohl er sich umgehend zum König krönen hatte lassen, mit Misstrauen gesehen, und die ungarischen Politiker verhielten sich ihm gegenüber äußerst distanziert. Die Entlassung István Tizsas wurde von der Mehrheit der Ungarn als Fehlentscheidung gesehen, dem König wurde damit eine Mitschuld am Zerfall des Reiches gegeben. Ganz anders präsentierte sich das Bild Karls naturgemäß bei den Siebenbürger Rumänen. Die rumänische Elite gab sich traditionell habsburgtreu, und bei der einfachen Bevölkerung war die Person des Monarchen in sakrale Sphären entrückt. Die Rumänen Siebenbürgens kritisierten den ‚Verrat‘ des Königreiches Rumänien und lehnten einen Anschluss Siebenbürgens an Rumänien ab. Die positive Einstellung zum Kaiser und zum Kaiserhaus ist aber auch unter dem Aspekt zu sehen, dass damit die Zugehörigkeit der Rumänen zur mitteleuropäischen Zivilisation betont werden konnte. Die Slowaken standen zumindest in der Außenwahrnehmung stärker unter dem Einfluss der politischen Emigration und der tschecho-slowakischen Politik, denn im Gegensatz zu den Tschechen hatten sie innerhalb Österreich-Ungarns keine institutionellen Möglichkeiten, sich Gehör zu verschaffen. Den Restaurationsversuchen König Karls in Ungarn standen die Slowaken ablehnend gegenüber. Auch in Ungarn selbst reichte die Unterstützung für eine Rückkehr Karls nicht aus. Der Monarch musste zur Kenntnis nehmen, dass die Loyalität der Magyaren zu ihrem König weniger groß war als er gehofft hatte. Bereits Jahre zuvor waren die Pläne zur Installierung eines habsburgischen Königs in der Ukraine – in der Person von Erzherzog Wilhelm – und deren mögliche Personalunion mit der Habsburgermonarchie gescheitert. Berlin forderte das sofortige Ende eines mit der Donaumonarchie verbundenen politischen Engagements in der Ukraine. Auch in diesem Fall hatte sich die außenpolitische Bindung der Donaumonarchie an Deutschland negativ ausgewirkt und eine eigenständige kaiserlichen Politik verhindert.

Zusätzlich zur militärischen Eskalation der politischen, ökonomischen und nationalen Probleme war es im Ersten Weltkrieg zu einer bisher unbekanntenen propagandistischen Verwertung militärischer Ereignisse gekommen. Die Habsburgermonarchie war an dieser Entwicklung maßgeblich beteiligt. Schon vor Kriegsausbruch war eine eigene Propagandaeinrichtung gegründet worden, das so genannte Kriegspressequartier, mit dem Zweck, den Krieg auch in seinen medialen Aspekten zu erfassen. Das Kriegspressequartier erstreckte sich von Anfang an über mehrere Bereiche und Abteilungen: in die Kriegsberichtserstattung, die Kunst- und Fotogruppe und in die Filmstelle. Das wichtigste Medium zur Übermittlung patriotischer Inhalte blieb aber trotz der Bedeutung der Fotografie und des Films den ganzen Krieg über die durch die strengen Zensurvorschriften politisch gleichgeschaltete Presse. Die Kriegsberichtserstattung erreichte literarische Qualität, wobei sich in den Berichten eine Bagatellisierung des Krieges zeigte, dessen bedrohliche Dimension verharmlost wurde. Auch Robert Musil war in diesem Bereich tätig und hatte die Redaktion der in Bozen erscheinenden „Soldaten-Zeitung“ übernommen. Die Extremsituation des Krieges diente Musil als Katalysator für eine literarische Aufarbeitung früherer Gedanken. Auch im „Mann ohne Eigenschaften“ floss seine Tätigkeit als Redakteur der „Soldaten-Zeitung“ ein. Gerade an diesem Beispiel wird deutlich, wie stark der Erste Weltkrieg und der Zusammenbruch der Donaumonarchie nicht nur politisch, sondern auch kulturell und mentalitätsgeschichtlich das Mitteleuropa der Zwischenkriegszeit prägten, auch wenn die Erinnerung an die Schrecken des Krieges zwei Jahrzehnte später von noch größeren Gräueln überdeckt wurde.

Österreich-Ungarn wäre angesichts seiner in vieler Hinsicht reformbedürftigen politisch-administrativen Struktur kaum in der Lage gewesen, den politischen Zerfall Mitteleuropas, die Massenmorde und die ethnischen Säuberungen des 20. Jahrhunderts zu verhindern. Durch den Zusammenbruch des Staates im November 1918 wurden die bestehenden Probleme allerdings verhärtet und moderne Lösungsansätze verhindert. Erst im Rahmen der Europäischen Union kann wieder an die gemeinsame kulturelle und wirtschaftliche Tradition dieses Raums angeknüpft werden, auch wenn das, was dessen eigentlichen Reiz ausmachte – die nationale und kulturelle Vielfalt, die zugleich Gemeinsamkeit war – durch die inhumanen Ereignisse des letzten Jahrhunderts unwiederbringlich verloren gegangen ist.